

Informationen des Arbeitskreises Umwelt und Frieden AKK (AUF AKK)



Frühjahr 2020 – Infos nicht nur zur Wahlzeit ...

Das „Projekt Ostfeld/Kalkofen“ = wünschenswerte Zukunft?

Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware. Noch in den 1990er Jahren wurden Wohnquartiere geschaffen wie die „Krautgärten“ in Kastel, mit über 80 Prozent geförderten Wohnungen. Dann kam der soziale Wohnungsbau fast zum Erliegen. Dennoch lehnt die SPD/CDU/GRÜNE-Rathausmehrheit selbst bei der stadt eigenen GWW immer noch eine Quote von wenigstens 50 Prozent ab, obwohl mittlerweile 40 Prozent der Bevölkerung einen Anspruch auf geförderten Wohnraum geltend machen können. Stattdessen muss die GWW Gewinne abführen, die sie durch regelmäßige Mieterhöhungen und Wohnungsverkäufe erzielt. Die Verkehrs- und für viele auch die Lärmbelastung sind unerträglich geworden. Die täglichen Fahrtstrecken werden länger. Der Straßenverkehr und die Auswirkungen des Klimawandels nehmen spürbar zu. Trotz Hochkonjunktur sind laut Statistik 6 Prozent erwerbslos. Mit dem „Ostfeld“ soll das alles anders werden.

Sozialwohnungen im Ostfeld?

Die Projektplaner sehen vor, dass die Stadt den Boden an die Investoren für 1000 €/m² verkauft. Wieviel Sozialwohnungen so entstehen sollen, verraten sie nicht? Im Umfeld der gegenwärtig noch militärisch genutzten Gelände in Kastel werden deutlich niedrigere Bodenpreise gezahlt, es entstehen aber dennoch kaum Sozialwohnungen. Selbst die stadt eigene GWW baut Reihenhäuser(!) durch Nachverdichtung auf eigenem Boden, die später deutlich über einer „Sozialmiete“ vermietet werden. Nach Aussage der stadt eigenen SEG soll der erste Spatenstich 2026 erfolgen, der Bezug der ersten Wohnungen 2028. Zeitverlust, z. B. durch bereits angekündigte Klagen, ist nicht eingerechnet. Damit ist

aber zu rechnen, denn durch eine Satzung sollen Enteignungen ermöglicht werden, die Entschädigungen zum Beispiel von 4,2 €/m² für Grünland und 10–12 €/m² für Ackerland vorsehen. In München war eine solche Planung jedenfalls gerichtlich nicht durchsetzbar.

Der niedrige „Einstiegspreis“ und der geplante Verkaufspreis von 1000 €/m² seien notwendig, um die horrenden Infrastrukturkosten aufzubringen. Auf etwa 30 bis 35 ha Wohnbauflächen sollen Wohnungen für bis zu 12.000 Menschen entstehen – in einer Bebauung „dichter als das Dichterviertel“ aus dem ausgehenden 19. Jahrhundert im heutigen Stadtbezirk „Wiesbaden-Mitte“.

Auch ohne Sozialwohnungen werde ein Angebot von etwa 4750 geplanten Wohnungen den Wohnungs-

Ostfeld: Mehr Chance oder doch Bedrohung für Wiesbaden und AKK?

**Donnerstag, 27. August 2020 um 19 Uhr (geöffnet ab 18:30 Uhr)
Bürgerhaus Mainz-Kastel, Großer Saal**

Wir möchten Sie informieren und mit Ihnen diskutieren: Über das Projekt Ostfeld in all seinen Facetten, nicht nur (aber auch!) klimatische Konsequenzen, Wohnungspolitik (Stichwort „Bezahlbares Wohnen“), Verkehr, Artenschutz und und und ...

Den einführenden Impulsvortrag wird Dr. Volker Wittmer, Vorsitzender des Klimaschutzbeirats der Landeshauptstadt Mainz, halten. Weitere Expert*innen sind angefragt und werden erwartet.

**Informieren Sie sich vor Ort und bringen Sie Ihre Meinung ein!
Die Stadt gehört ihren Bürger*innen – und damit uns allen!**

markt entlasten, erklärt die „Große Kooperation“ bei jeder Gelegenheit, vergisst dabei aber zu erwähnen, dass die in „Ostfeld/Kalkofen“ geplanten beiden Gewerbegebiete und das „Mischgebiet“ mit prognostizierten 9.000 Arbeitsplätzen einen etwa ebenso hohen Bedarf an Wohnungen auslösen werden, wie der von der SEG beauftragte Stadtplaner bei einer „Bürgerinformation“ erklärte. In Summe würde der Druck auf den Wohnungsmarkt also erhöht.

Arbeitsplätze für alle?

Die allerwenigsten Arbeitsplätze dürften dabei zusätzliche Arbeitsplätze werden, sondern bei den interessierten Unternehmen und Dienstleistern ist mit „effektiverem Personaleinsatz“ zu rechnen. Mit Umzug ins benachbarte Gewerbegebiet „Petersweg West“ ging seinerzeit auch der Verlust von vielen Arbeitsplätzen einher. Und dass die in die Gewerbegebiete Ostfeld/Kalkofen einziehenden Unternehmen und Institutionen verpflichtet werden könnten, Arbeitsplätze für die – zum Teil lange Zeit – Erwerbslosen bereit zu stellen, hat bislang noch niemand behauptet. Die Konzentration von weiteren Arbeitsplätzen im Ballungsgebiet und in unmittelbarer Nachbarschaft des sich gerade von einem landwirtschaftlichen zum Gewerbegebiet entwickelnden „Petersweg Ost“ (ca. 60 ha) hat die Folge,

dass noch mehr Menschen der Arbeit nachziehen bzw. zu diesen Arbeitsplätzen „pendeln“ werden.

Verkehrsbelastung steigt deutlich

Der von der SEG beauftragte Gutachter prognostiziert (bei nur 10.000 Einwohnern und 5.000 Arbeitsplätzen) ein zusätzliches Kfz-Aufkommen von 19.000 Fahrzeugen täglich. Die B 455/Boelckestraße – Hauptverkehrsachse zur Rheinbrücke nach Mainz – ist jetzt schon massiv belastet. Den Hochkreisel am Kasteler Brückenkopf passieren jetzt schon 100.000 Personen täglich. Deshalb haben Verkehrsdezernent Kowol und alle drei Professoren, die auf Einladung der SEG ihre Fachkompetenz in einer „Impulsveranstaltung“ einbrachten, erklärt „Ohne Citybahn kein Ostfeld!“ Von dieser Aussage haben sich zumindest die führenden Köpfe der SPD im Rathaus verabschiedet – wohlwissend, dass es fraglich ist, ob nach einem Bürgerentscheid eine Citybahn überhaupt kommt. Von einem „weitgehend autofreien Wohngebiet“ in unmittelbarer Nähe zweier Autobahnen und wenige Meter von Auffahrten zu diesen sprechen aber weiterhin die SEG-Planer.

Und was kostet das uns?

Wie eine Nachfrage unserer Fraktion ergab, sind die Kosten für eine Citybahn-Strecke zwischen Bahnhof

„Sechs Mal NEIN“ zum Projekt Ostfeld/Kalkofen



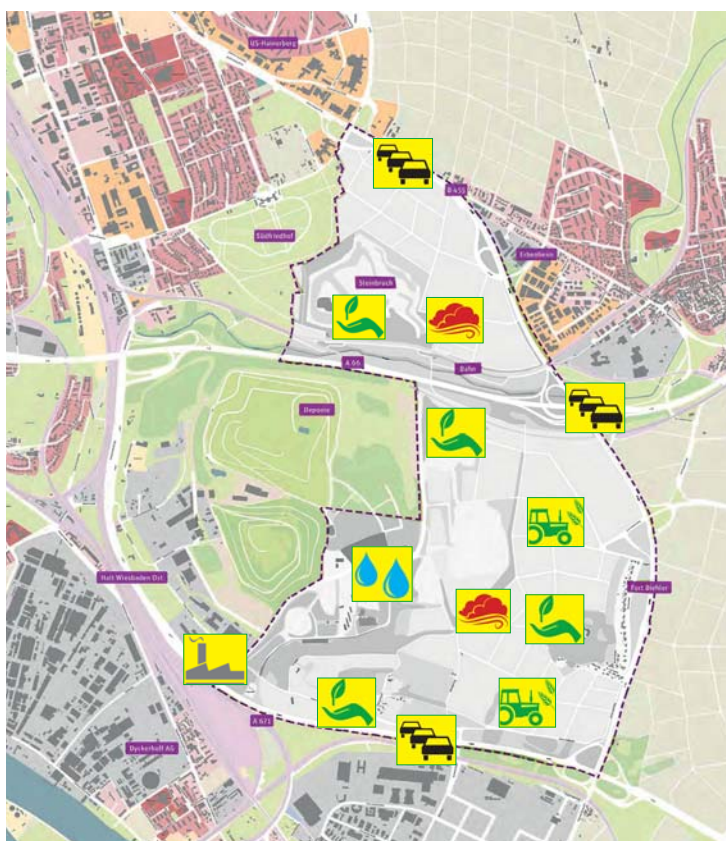
In dem geplanten Stadtteil Ostfeld sind zwei zusammen über 80 Hektar große Gewerbegebiete mit Straßen- und Schienenanbindung vorgesehen, die Ausschreibung für eine künftige Müllverbrennungsanlage ist schon vergeben.



Die Hauptverkehrs-Straßen A671, A66 und B455 umschließen das Projekt-Gebiet; dabei sind sie heute schon überfüllt. 8000 Fahrzeuge der geplanten 13.000 Neubürger im Stadtteil kommen hinzu.



Wertvolle Ackerfläche wird vernichtet: Die Existenz der heimischen Landwirte ist gefährdet, es fehlt damit gleichzeitig die Versorgung vor Ort.



Quelle: Aktionsgemeinschaft „Hände weg von Os/Ka“



Die Frischluftschneisen nach AKK und bis zur Mainzer Innenstadt werden abriegelt. Die Luft rund um Erbenheim, Igstadt und aus Teilen der Wiesbadener Innenstadt fließt nicht ausreichend ab. Im geplanten Wohngebiet verdecken Autos sowie Industrie die Luft noch mehr.



Quellen und Grundwasserströme werden durch die vorgesehenen Bau- und Erschließungs-Maßnahmen beeinträchtigt und/oder vernichtet. Wassermangel ist/wird auch bei uns ein Problem ...



Das Biotop Kalkofen ist ein Kleinod! Wie soll die einzigartige Lebensgemeinschaft dort und im sonstigen Ostfeld überleben, wenn das Umfeld bebaut ist?

Erbenheim und einem Anschluss an der Wiesbadener Straße nicht in der Projektrechnung enthalten – sicher ein zweistelliger Millionenbetrag. Die von der SEG präsentierte unvollständige Kostenaufstellung sieht ein Defizit von 108,2 bis 207,5 Mio. € vor, das von der Stadt zu tragen wäre. Dem stünden Investitionen von 4 Milliarden € gegenüber, was für die Bau- und Immobilienwirtschaft höchst interessant ist.

Klimawandel? Klimaanpassung? Regionale Landwirtschaft? Artenschutz?

So als wäre die Ausrufung des „Klimanotstands“ durch die Stadtverordnetenversammlung und die Vorsätze, Klimaschutz und -anpassung zu betreiben, eine reine Schauveranstaltung gewesen, werden die Planungen für das „Projekt Ostfeld“ weiter vorangetrieben.

- Gewaltige Baumaßnahmen und dauerhaft zusätzlicher Verkehr werden ausgelöst. Auch wachsende „E-Mobilität“ verhindert dies nicht.
- Die bereits eng bebauten Wohngebiete in den Ortsbezirken am Rhein (Biebrich, „AKK“ sowie bis nach Mainz hinein) werden zusätzlich erwärmt durch den Wegfall von Kaltluftentstehungsbereichen. Kaltluftströme aus dem Taunus werden auf dem Weg in die bebauten Bereiche am Rhein behindert. Wider besseres Wissen verleugnen die Projektbefürworter diese wissenschaftlichen Studienergebnisse.
- 125 ha wertvolles Ackerland und Grünfläche sollen bebaut werden. Das bedeutet Verschlechterung der „CO₂-Bilanz“ und weitere Einschränkung der regionalen Landwirtschaft, die bereits durch das Hauptquartier der US Army und die Gewerbegebiete Petersweg große Flächen verloren hat.
- Hinsichtlich des Artenschutzes ist das Projekt hochproblematisch. Die Vernichtung von Lebensräumen bedrohter Arten widerspricht den allseits verkündeten Umweltzielen und erfordert gesetzlich vorgeschriebene teure Ausgleichsmaßnahmen.

Die Nachbarn, Abfallwirtschaft und Militärflugplatz

- Das für die Abfallwirtschaft geplante zweite Gewerbegebiet wird zu zusätzlichen Abgas- und Lärmbelastungen führen – unabhängig davon, ob die geplante zusätzliche Müllverbrennungsanlage in Amöneburg gebaut wird oder nicht.
- Die Start- und Landerechte für Strahltriebflugzeuge erfordern gesetzlich vorgeschriebene Lärmgutachten und -schutzmaßnahmen, was immer wieder geleugnet wird. Auch die Sichtflugrouten stören und gefährden.
- Der nahegelegene Flugplatz führte im II. Weltkrieg zur Bombardierung. Die Beseitigung von



**Unsere Überzeugung:
Das ist zu viel!**

- möglichen „Blindgängern“ wird einiges kosten und dauern.
- Das gilt ebenfalls für die Dokumentation der Bodendenkmäler, bevor sie durch die Bebauung zerstört werden. Laut Denkmalschutzbehörde sind es 65 aus Steinzeit, Bronzezeit, Eisenzeit, römischer Antike bis hin zu den Ruinen des ehemaligen Forts Petersberg (Fort Biehler).

Fazit

Schon heute ist erkennbar, dass die Weiterverfolgung des Projekts für die Stadt und die Mehrheit ihrer Bewohner*innen nicht sinnvoll ist.

Wir unterstützen darum die Aktivitäten der verschiedenen Initiativen von Bürger*innen gegen die „Ostfeld“-Planungen.

Hartmut Bohrer, Ortsbeirat Mainz-Kastel,
Abgeordneter der LINKE&PIRATEN
Rathausfraktion Wiesbaden.



Arbeitskreis Umwelt und Frieden – AUF Mainz-Kastel

Ronny Maritzen (Fraktionssprecher)
Am Fort Biehler 45 · 55252 Mainz-Kastel
Telefon: 0160-94441000 · Fax: 06134-6017632
Mail: rmaritzen@auf-akk.de

Antrag Nr. 18.19 zur Sitzung des Ortsbeirates am: Dienstag, 20. August 2019

Moratorium für Ostfeld-Planungen beschließen! - Alle Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange wie zugesagt veröffentlichen!

Der Ortsbeirat wolle beschließen:

Der Magistrat möge für weitere Planungen zum "Projekt Ostfeld" ein Moratorium beschließen, d. h. weitere Planungen aussetzen, solange nicht folgende, wesentliche Fragen geklärt sind. Zu diesen Fragen vorliegende Antworten mögen dem Ortsbeirat Mainz-Kastel umgehend zugeleitet werden, sobald sie vorliegen:

- 1) Wie ist das geplante "Projekt Ostfeld" auf dem Hintergrund des erklärten Klimanotstands zu beurteilen? Welche Konsequenzen hätte die Verwirklichung des Projekts für die Erzeugung klimaschädlicher Treibhausgase? Welche Konsequenzen hätte die Verwirklichung des Projekts auf die für die Zukunft in den Sommermonaten zu erwartende zunehmende Aufheizung benachbarter Wohn- und Gewerbegebiete? Können drohende negative Konsequenzen ausgeschlossen werden?
- 2) Welche Auswirkungen hat der rechtlich zugesicherte Flugbetrieb der Airbase Erbenheim des europäischen Hauptquartiers der US-Armee auf eine mögliche Bebauung im vorgesehenen Planungsbereich hinsichtlich Bauungsbeschränkungen, Lärmbelastungen und Gefährdungen durch Absturzrisiken und andere Risiken des Flugbetriebs? Wie bewertet der Magistrat diesbezüglich die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und die dazu gemachten Ausführungen der SEG in ihrem "Abschlussbericht"?
- 3) Wann werden die nach Aussage der SEG im Abschlussbericht vorhandenen 73 abgegebenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange dem Ortsbeirat übermittelt bzw. veröffentlicht, wie dies im Frühjahr 2018 vom Projektleiter dem Ortsbeirat gegenüber für Oktober/November 2018 und seitens des Magistrats durch den Oberbürgermeister den Stadtverordneten gegenüber im Juni 2019 für "den nächsten Sitzungszug" zugesagt wurde?
- 4) Wann werden voraussichtlich die bereits beauftragten weiteren Gutachten wie die Machbarkeitsstudie zum ÖPNV vorliegen?
- 5) Welche weiteren Gutachten werden für eine Verwirklichung des "Projekts Ostfeld" für erforderlich gehalten? Mit welchen Kosten ist hierfür zu rechnen?

Begründung:

Erfolgt mündlich

Mainz-Kastel, 7. August 2019

Ronny Maritzen
Fraktionssprecher

Ja oder Ja?

Die Politik, die SEM und viele offene Fragen

Das Projekt Ostfeld strebt seinem nächsten Meilenstein zu: Voraussichtlich im Mai soll das Stadtparlament über die so genannte Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme nach § 165 ff BauG (SEM) entscheiden. Die SEM soll der Stadt Zugriff gewähren auf die Flächen, die noch nicht in ihrem Besitz sind. Rund um die Siedlung Fort Biehler gehören noch rund 10 Hektar dem Bund, 30 Hektar dem Land, rund 2 Hektar der Stadt Mainz und 13 Hektar privaten Eigentümern.

Der Bericht mit den vorbereitenden Untersuchungen, der diesen Eingriff in das Eigentumsrecht rechtfertigen soll, liegt seit Mitte letzten Jahres vor. Wer sich durch die mehreren hundert Seiten wühlt, fühlt sich fast erschlagen von der Fülle der Informationen, die das SEG-Projektmanagement für immerhin 2,5 Millionen Euro (in 2019) bisher zusammengetragen hat. Wenig verwunderlich ist deshalb auch, dass der Bericht am Ende zu einem positiven Ergebnis kommt: Das Ostfeld ist machbar; es gibt kein ernsthaftes Hindernis; finanzierbar ist das Ganze auch, wenn die Stadt das dreistellige Millionen-Defizit zu tragen bereit ist oder einfach ein paar Annahmen geändert werden.

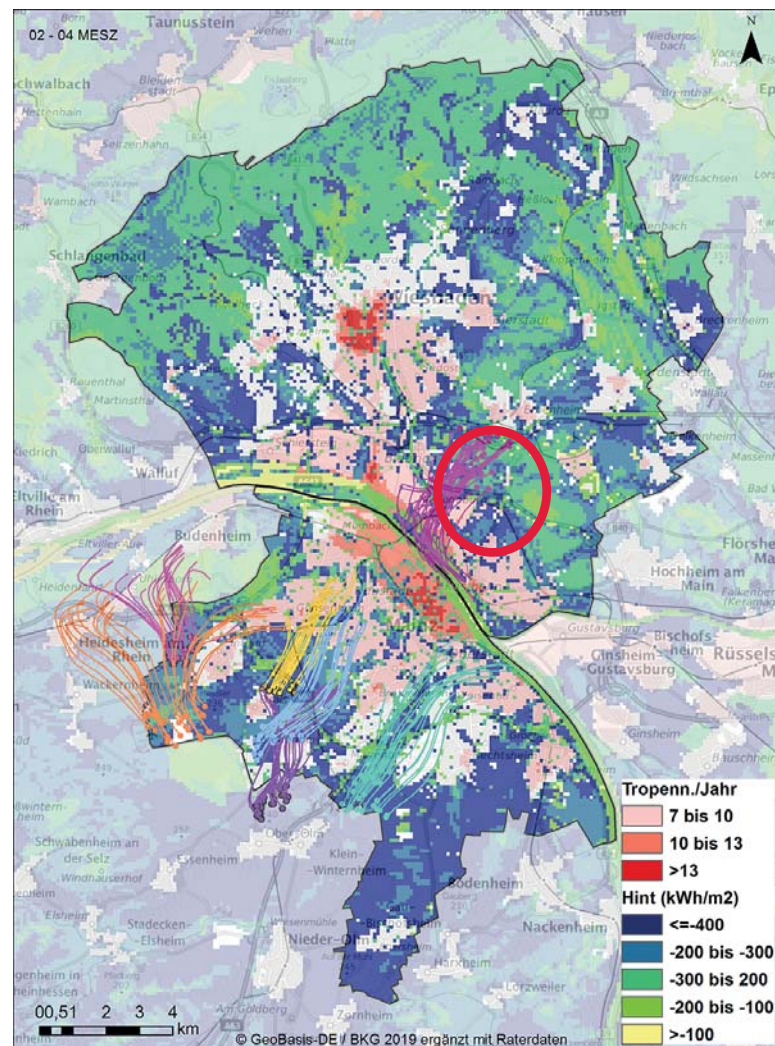
So einfach ist die Sache aber ganz und gar nicht.

Bisher wenig diskutiert wurde, dass für die Satzung der SEM auch eine Kosten- und Finanzierungsübersicht (KoFi) abgeliefert werden muss. Dafür ist laut Rechtsprechung eine grobe Schätzung ausreichend, die nur die Kosten einbezieht, die unmittelbar durch die SEM „induziert“ sind. Die Bilanz fällt schon heute deutlich negativ aus: Trotz eines erhofften Verkaufspreises von 1.000 Euro je Quadratmeter übersteigen die überschlägigen Kosten der Entwicklung des Ostfeldes die Einnahmen um mehr als 100 Millionen Euro. Dieses Defizit wäre von der Stadt erst mal zu tragen.

Hier lohnt ein kritischer Blick auf die Annahmen, die für diese Berechnung getroffen wurden, z.B.:

- Je Wohneinheit am Stadtquartier mit 2,1 Personen rechnet die KoFi mit 0,7 Kindern, also ca. 3000 Kindern insgesamt. Die soziale Infrastruktur wird auf 223 Mio. Euro geschätzt und besteht aus 8 Kitas, 2 Grundschulen, anteilige Kosten für ein Gymnasium und eine IGS, Stadtteilzentrum und Jugendräume. Unwillkürlich fragt man sich: Bezahlbarer Wohnraum am Ostfeld für sozial Schwache – das ist das Ziel! – für Familien mit nur 0,7 Kindern?
- Zu den großen Versprechen gehört auch, dass das Ostfeld ein Vorzeigeprojekt in Sachen Klimaschutz werden soll. Nicht erklärt wird, wie das ohne ein

modernes Verkehrskonzept, das zumindest die CityBahn als hocheffizientes, schienengebundenes öffentliches Verkehrsmittel einbezieht, funktionieren soll. Die SEG hat aber bisher nur vier Haltestellen, zwei im Stadtquartier, zwei am Kalkofen, in die



Die lila Linien stellen den Weg der Kaltluftpartikel dar. Sie strömen vom Ostfeld in die deutlich überwärmten Gebiete am Rhein (Kastel, Kostheim, Amöneburg und bis in die Mainzer Innenstadt) und bringen die unverzichtbare nächtliche Abkühlung. Das geplante Baugebiet Os/Ka wurde näherungsweise durch den roten Kreis markiert.

KoFi eingerechnet. Die Trasse ist weder kostenmäßig noch flächentechnisch berücksichtigt, ganz zu schweigen von den Brücken über die Autobahnen.

- Statt dessen soll es aber für 21 Millionen eine komplett neue Autobahnanschlussstelle auf der A671 incl. einer weiterführenden Straße nach Norden im Bogen zum Stadtquartier geben. Ist das die versprochene Nachhaltigkeit?
- Um die Kosten in der KoFi zu senken, könnte nach Meinung der SEG auch das Gewerbegebiet beim Dyckerhoff („B2“ mit 31,5 ha) aus der SEM gestrichen werden, denn die Flächen dort gehörten schon alle der Stadt.

Das ist die offizielle Begründung. Wahrscheinlicher ist:

- Nimmt man B2 aus dem Projekt Ostfeld heraus, so reduziert sich das Defizit um rund 50 Millionen Euro, denn die Entwässerung des tiefliegenden Geländes mit Anbindung an das Hauptklärwerk wäre besonders teuer. Und gleichzeitig umgeht man die Auseinandersetzung mit dem Artenschutz, denn für B2 gibt es seit Jahren bestehende B-Pläne mit Biotop- und Ausgleichsflächen, auf denen sich inzwischen besonders viele, stark geschützte Schmetterlinge, Vögel, Libellen Amphibien und Heuschreckenarten niedergelassen haben. Bei der Vorstellung seines Gutachtens am 15. November 2018 sagte der Gutachter Berthold Hilgendorf: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Gewerbegebiet in dieser Größenordnung genehmigt wird.“

Das alles und viele weitere Aspekte sind weder leicht zu durchschauen noch in ihren Folgen für einen Zeitraum von 10 bis 30 Jahren zu bewerten.

Können wir den beständigen Versprechen der Projektierer und Befürworter, es werde sich später schon alles klären, vertrauen? Wir meinen: Es muss zuerst alles auf den Tisch incl. aller (planungs-)rechtlicher Fragen, modellhafter Darstellung der geplanten Bebauung mit Erhaltung der Klimafunktionen und nachvollziehbaren Plänen für einen klimaneutrales Stadtquartier sowie seiner Kosten.

Das muss alles auf den Tisch, bevor das Stadtparlament seine Zustimmung zu enteignungsgleichen Eingriffen gibt und dem Projekt eine weitere Brücke baut.

Glück auf!

Konny Küpper, Stadtverordnete
von Bündnis 90 / Die GRÜNEN Wiesbaden

Aktionsgemeinschaft „Erhaltet Ostfeld/Kalkofen“



„HÄNDE WEG VON OS/KA“



Bürgerinitiative Fort Biehler
gegründet 1995

Bürgerinitiative

„Kein Verkehrskollaps in Erbenheim“ (KVE)



BiLGUS

Bürgerinitiative gegen Lärm und Gefahren durch US-Flugzeuge



CYPERUS 1901 E.V.

Verein für Aquarien-,
Terrarienkunde und Naturschutz



Arbeitskreis Umwelt und Frieden AKK – AUF AKK



Arbeitskreis Umwelt und Frieden (AUF AKK)

V.i.S.d.P.

Arbeitskreis Umwelt und Frieden (AUF)
AKK

Frank Porten
Teufelssprung 8
55246 Mainz-Kostheim

www.auf-akk.de

Gastkommentar:

Zur Planung „Ostfeld/Kalkofen“

Zunächst ein paar Fakten zum Gebiet Ostfeld/Kalkofen: Es handelt sich um 450 Hektar überwiegend landwirtschaftlich genutzte, naturnahe Fläche in den Gemarkungen Erbenheim und Kastel.

Im Plangebiet sollen zwei Gewerbegebiete auf über 50 Hektar und ein Mischgebiet von über 60 Hektar ausgewiesen werden. Für die beiden Gewerbegebiete wird die Ansiedlung von mind. 7.500 Arbeitsplätze angenommen, die einen entsprechenden Bedarf an Wohnungen auslösen. Im Mischgebiet plant die Stadt mit der stadteigenen SEG GmbH, neben weiterem Gewerbe den Bau von 4.750 Wohnungen zu ermöglichen.

Ein Traum für Stadtplaner. Auch für die Stadt und die Menschen, die hier leben?

Einschließlich notwendiger Infrastruktur müssten 125 Hektar mit erstklassigem Ackerland vernichtet werden. Auf einem großen Teil davon betreibt die Domäne Mechtildshausen ökologischen Anbau. Sie erhielt diese Flächen für Flächen, die sie abgeben musste, als vor wenigen Jahren das europäische Hauptquartier der US-Armee nach Erbenheim verlegt wurde.

Aktuell leben in diesem Gebiet über 100 Tierarten, allein 10 bedrohte Vogelarten wie z.B. die Feldlerche. Die Gefährdung des Lebensraums bedrohter Arten ist nicht ausschließlich eine moralische Frage. Dass solche Schutzräume in der Zeit des Insektensterbens extrem wichtig sind, leuchtet mittlerweile den meisten ein – denn: zuerst sterben die Insekten, dann fehlt dem Menschen die Lebensgrundlage. Die Bedrohung geschützter Arten hat aber auch unmittelbar kostspielige Konsequenzen. Geltendes Baurecht ver-

langt, dass z.B. für die festgestellten 20 Brutgebiete der Feldlerche Ersatzflächen geschaffen werden müssen.

Darüber hinaus hat das „Ostfeld“ eine unersetzbare Klimafunktion. Es ist eines von zwei Frischluftquellgebieten in Wiesbaden und eine entscheidende Leitbahn für Kaltluft, die die AKK-Stadtteile, Biebrich und die Mainzer Innenstadt mit frischer Luft versorgt. Das favorisierte Bebauungsszenario versiegelt das Quellgebiet und die Leitbahnen würden durch die fünfstöckigen Gebäude massiv verengt.

Die Folge für die benachbarten Stadtteile würde eine deutliche Temperaturerhöhung sein. Im ungünstigen Fall haben wir einen Temperaturunterschied von 10 bis 15 Grad im Vergleich zum Umland. Das kann in Sommern, wie wir sie in den letzten Jahren hatten, extrem belastend werden - insbesondere für Menschen, die gesundheitlich beeinträchtigt sind.

Hinzu kommt durch geringeren Luftaustausch und stark erhöhtes Verkehrsaufkommen, vor allem durch die Gewerbegebiete, ein massiver Anstieg der Schadstoffe in der Luft.

Das Plangebiet befindet sich im Umfeld des Erbenheimer Flughafens, was einen stärkeren Lärmschutz für die Neubauten erfordert. Die Hanglage des Gebietes verlangt ein teures Abwassersystem mit Hebevorrichtungen. Ob das Gebiet in den zunehmend trockener werdenden Sommern ausreichend mit Wasser versorgt werden kann, ist ungewiss. Die gesamte Infrastruktur wie Schulen, Kindergärten, Kläranlage und alle Verkehrswege, will gebaut und finanziert werden. Alleine der durch die Gewerbegebiete ausgelöste Wohnungsbedarf wird trotz der extrem verdichtet vorgesehenen Bebauung noch nicht einmal gedeckt.

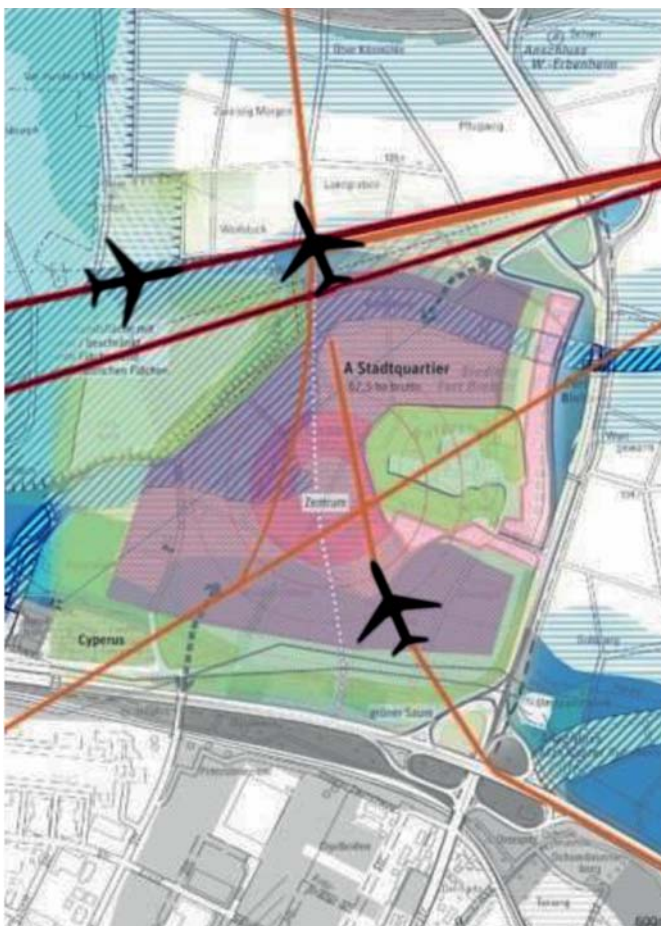
Die Pendlerströme werden zunehmen. Das Verkehrskonzept, um die vielen Menschen zur Arbeit und zu den Wohnungen zu bringen, ohne einen Verkehrskollaps auszulösen, basiert auf der Citybahn. Ob und wann sie kommt, ist aber unsicher. Schon bei nur 10.000 neuen Einwohner*innen wird mit 19.000 zusätzlichen Fahrten in Richtung B 45/Boelckestraße gerechnet.

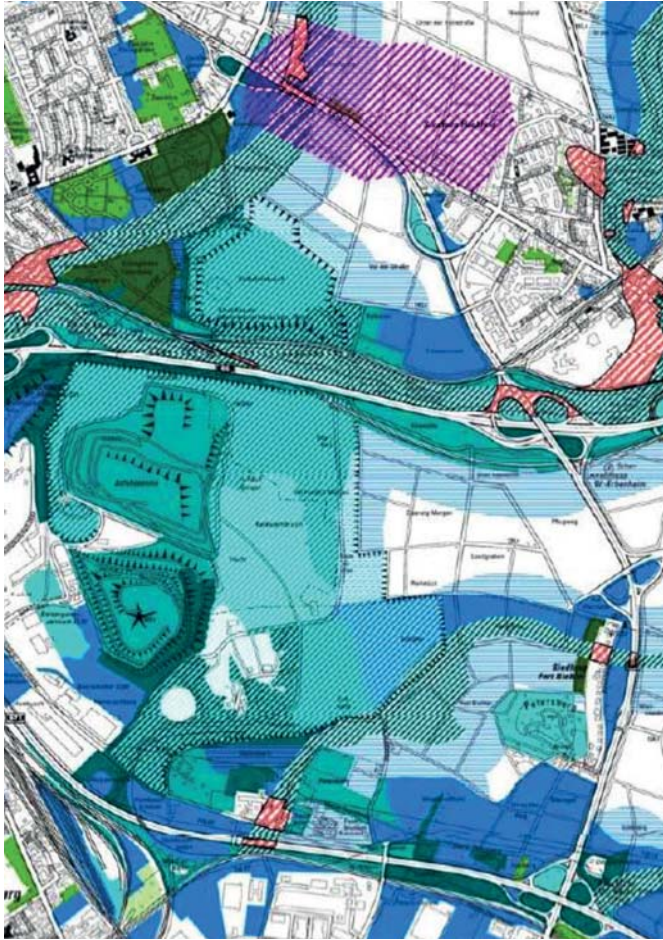
.....
Links: Flugrouten, Vorzugszenario und Klimakarte

Rot: Instrumentenflugroute Erbenheim

Orange: Sichtflugrouten Erbenheim

Quelle: Aktionsgemeinschaft „Erhalt Ostfeld/Kalkofen“





Grüngestreift: Luftleitbahnen mit höchster klimatischer Bedeutung. Eine Umnutzung baulicher Art ist aus klimati-

Was also bleibt vom Traum vom bezahlbaren Wohnraum übrig? Wenig bis nichts!

Die Frage, die sich vielmehr für Wiesbaden und jeden einzelnen Bürger dieser Stadt stellt, ist eine grundsätzliche: Ist das die Richtung, in die sich unsere Stadt entwickeln soll?

Wollen wir Wachstum ohne Rücksicht auf Umwelt und Natur? Unter Bedingungen, die das Wohnen und Leben für viele Menschen massiv verschlechtern werden? Wollen wir glauben, dass es zu all dem keine Alternativen gibt? Obwohl z.B. unabhängige Studien von Universitäten zeigen, dass sich ausreichend Wohnraum auch anders schaffen lässt. All diese Themen sollten wir diskutieren und Lösungen finden, für die nicht die Gewinnmaximierung beispielsweise der Immobilienkonzerne und ihrer Lobbyisten der Antrieb ist.

Die Zeit läuft – der Klimawandel wartet nicht auf uns!

Sabine Maritzen – Hände weg von Os/Ka – „Erhaltet Ostfeld/Kalkofen“

schen Gründen ausgeschlossen. **Blau gestreift:** Frischluftentstehungsgebiete. Sie dürfen nur unter strengsten Auflagen bebaut werden. **Magenta gestrichelt:** klimatisch hochsensible Bereiche, müssen absolut geschont werden. **Rot gestreift:** Bausünden, die Luftleitbahnen blockieren.
Quelle: Umweltamt Wiesbaden

AUF – was ist das denn?

Wir sind eine parteiunabhängige Wählergruppe.

Wir sind ein Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für bessere Lebensbedingungen in AKK einsetzen. Viele von uns sind parteilos, einige engagieren sich auch im Wiesbadener Stadtverband von Bündnis 90/Die Grünen oder sind in der Partei DIE LINKE aktiv.

AUF – 35 Jahre in AKK

Der Arbeitskreis Umwelt und Frieden (AUF) hat seine Wurzeln in der Friedens- und Umweltbewegung. Es waren Menschen unterschiedlicher Generationen, Konfessionen und Weltanschauungen, die sich in den frühen achtziger Jahren in der Bürgerinitiative AKK für den Schutz der Umwelt, gegen Flughafenausbau, gegen Yachthafen in Kastel, für den Erhalt des Maarau-Freibades u.a. einsetzten. In der Friedensinitiative (FI) AKK engagierten sich Menschen aus AKK gegen atomare Erstschlagswaffen. Im Herbst 1984 gründete sich schließlich der Arbeitskreis Umwelt und Frieden (AUF) AKK und trat 1985 zum ersten Mal zu den Ortsbeiratswahlen an. Es waren vor allem Parteilose, die den AUF aus der Taufe hoben. Bis heute versteht sich der AUF als Alternative zu Parteipolitik.

Demokratie heißt: Mitbestimmen!

Wir wollen einen stärkeren Einfluss auf die Entscheidungen in Wiesbaden, daher kandidieren wir für die Ortsbeiräte. Sie sind ein wichtiges Sprachrohr für die Bürgerinnen und Bürger – und wir werden es darum auch weiterhin nicht den Parteien überlassen. Wir sind unabhängig: Parteidisziplin, Fraktionszwang, Rücksichten auf Mehrheiten im Stadtparlament, Koalitionsgezerre – all das braucht uns nicht zu interessieren. Wir arbeiten themen- und sachorientiert für AKK.